

## ROLLE UND FUNKTIONEN DER RECHTSBERUFE IN UNGARN

DR. LÁSZLÓ NÉVAI

Universitätsprofessor (Budapest)

Wir müssen es vorausschicken, dass in der Ungarischen Volksrepublik — genauso wie auch in anderen Ländern — „Rechtsberufe“ nicht nur „Juristen“, das heisst Fachleute juridischer Ausbildung (oberen Grades, bzw. akademischen Grades) ausüben.<sup>1</sup> Im wirtschaftlichen Leben, in der Staatsverwaltung, usw. versehen zahlreiche derartige Arbeitskreise, die gewöhnlich zwar auf engerem Gebiet, aber bis auf eine gewisse Intensität die Rechtskenntnisse doch beanspruchen, und nicht nur in Einzelfällen sogar auch von der Ausübung der behördlichen Befugnis bestehen, „Nichtjuristen“ (Fachleute des Arbeits- oder Finanzwesens, der Technik usw.), abgesehen von den, sich mit Arbeiten rechtlichen Inhalts nicht lebensberufartig, jedoch mit vorübergehendem Charakter und dennoch auf behördlichem Niveau befassenden Nichtjurist-Richtern, von den, an der Rechtspflege neben dem beruflichen Richter teilnehmenden Schöffen. Des weiteren wird nur von den beruflichen Juristen und von deren Arbeit die Rede sein.

Die Kehrseite der Medaille zeigt dagegen jenes — ebenfalls nicht nur für Ungarn charakteristisches — Bild, dass ein beträchtlicher Teil der in der Hochschulausbildung der Juristen ihr Diplom erworbenen Juristen durchaus keinen „Rechtsberuf“ ausüben, sondern eine ganz verschiedene Laufbahn eingeschlagen hat. Auf diese Frage werden wir im Nachfolgenden — wenn auch nur tangential — zurückkommen.

### I.

1. Die Situation, die gesellschaftliche Bewertung der Juristen und der Rechtsberufe haben sich in Ungarn im Laufe der geschichtlichen Entwicklung selbstverständlich viel geändert, und diese Änderungen widerspiegeln irgendeine regelmässige Entwicklung überhaupt nicht.

Die Bedeutung des Juristen und des Rechtsberufs ist in jedem Fall durch das, sich auf die Nötigkeit und Wichtigkeit des Rechts (Rechtsschöpfung bzw. Legislation, Rechtsanwendung) beziehende gesellschaftliche Werturteil determiniert. Dieses Werturteil — als eines der Elemente des gesellschaftlichen Bewusstseins — kann dann und wann irrtümlich,

auch „falsch“ sein, hat jedoch in seinem existierenden Wesen auch in diesen Fällen seine Wirkung.

Der Jurist, die rechtswissende Intelligenz, haben schon im mittelalterlichen ungarischen Staat eine bedeutende Rolle gespielt. Die geschichtlichen Daten bieten uns eigentlich eine genügend starke Basis dazu, dass wir für die, Rechtsberufe ausübende Schicht der Gesellschaft von Ungarn im Zeitalter des Feudalismus den, auch von *Friedrich Engels* angewendeten Ausdruck „Juristenstand“ benützen.

Die – im Zahlenverhältnis innerhalb der Population, auf die, im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben eingenommene einflussreiche Lage basierte – ziemlich schallende Anwesenheit der Juristintelligenz im XIX. Jahrhundert in der, den Weg der kapitalistischen Entwicklung antretenden ungarischen Gesellschaft führte dazu, dass das Ungartum – wenn auch bisweilen mit einem Anflug von Scherz, aber jedenfalls mit unverhohlenem Stolz – als „Juristenvolk“ charakterisiert wurde, und dieser Ausdruck wurde sozusagen zu einem Dikton, zu einer Redensart. Die weitere Entwicklung hat diese Anschauungsart noch bekräftigt.

Gemäss den statistischen Angaben des Jahres 1941 machten zum Beispiel mehr als ein Drittel (33,8%) der Gesamtanzahl von Fachleuten mit Hochschulausbildung die Inhaber des juristischen Diplom aus.

Nach dem II. Weltkrieg erhielt in Ungarn, im Laufe der Entwicklung demokratischer und sozialistischer Richtung, der Ausdruck „Juristenvolk“ für eine Zeit eine pejorative Bedeutung, und die Juristen fortschrittlicher Gesinnung sprachen davon mit irgendeiner schamhaften Entschuldigung. Eine derartige Andeutung kommt auch noch heutzutage vor; im Wesentlichen beruht dies auf jener wahrhaftigen Tatsache, dass vor dem Krieg ein bedeutender Teil des ungarischen Juristentums mit der antidemokratischen Staatsgewalt und mit dem Monopolkapital eng verbunden war, in ihrem Dienste stand und als Repräsentant ihrer Interessen aufgetreten war.

In diesem Zusammenhange wäre es aber nicht richtig, die folgenden Umstände ausser Acht zu lassen:

Vor allem, dass ein anderer bedeutender Teil der ungarischen Juristen vor dem Krieg eben an der Seite der sozialistischen Entwicklung stand: aus ihren Reihen kamen mehr als ein Leiter der demokratischen Parteien der Opposition, und sogar mehrere prominente Märtyrer der internationalen Arbeiterbewegung zum Vorschein.

Daneben ist es auch bedenkenswert, dass in der ungarischen bürgerlichen Gesellschaft der spezialisierende Charakter des Diploms der Rechtswissenschaften offener als jener der heutigen war, seine berufsdeterminierende Wirkung weniger zur Geltung kam. Wie wir schon angedeutet haben, wird auch heute nicht ein jeder, der das Diplom der Staats- und Rechtswissenschaften besitzt, ein „Jurist“. In gesteigertem Masse – man könnte sagen qualitativ auf andere Weise – hat sich dieses Phänomen in der ungarischen Gesellschaft von anderthalb Jahrhunderten vor dem II. Weltkrieg geäussert. Die juristischen Fakultäten der Universitäten haben – nebst den –



im Laufe der Entwicklung des ungarischen Hochschulunterrichts nacheinander eingetretenen und eine Fachausbildung determinierten Profils bietenden anderen (medizinischen, pädagogischen, technischen usw.) Hochschul-Unterrichtsanstalten – ein sozusagen allgemein durchsetzbares, und in einem sehr ausgedehnten Kreis verwendbares Diplom erteilt. Nur nebenbei: eine institutionelle *Managerausbildung* gab es früher in Ungarn überhaupt nicht, und die, ökonomische Wissenschaften beanspruchende Arbeitskreise haben auch meistens Juristen versehen (sich auf ihre, im Rahmen der Rechtsstudien erworbenen Kenntnisse in der Ökonomik stützend); die Ausbildung spezialisierter Wirtschaftsfachleute (Ökonome) wurde in Ungarn nur nach 1920 begonnen.<sup>2</sup>

Unter diesen Umständen hatte das Diplom der Rechte einen beinahe „universellen“, allgemein qualifizierenden Charakter, welcher sozusagen für jede derartigen Intelligenzberufe eine Qualifizierung gab, die ausser den erwähnten spezifischen Fachrichtungen standen. Der Charakter des Diploms der Rechtswissenschaften wurde beim heutigen viel weniger durch den rechtlichen Inhalt und durch die Richtung auf die rechtliche Facharbeit bemessen.

2. Nach dem II. Weltkrieg hat sich die Lage in Ungarn auch in dieser Hinsicht geändert.

Der Sturz des Horthy-Staatssystems hat den sich früher manifestierenden hohen gesellschaftlichen Einfluss des Juristentums mit sich herabgerissen. Die lebhafteste Erinnerung an die negative Rolle der Vorzeiten hat vorübergehend sogar die Stärke der Progressiven Juristentraditionen unterdrückt. Die, die Kataklysmen überlebenden ungarischen Juristen wollten den Inhalt des früheren Ausdrucks: „Juristenvolk“ eher vergessen lassen, als herüberretten, und haben in verschiedenen Programmäusserungen ihren eigenen Platz in der neuen Gesellschaft mit schicklicher Bescheidenheit bestimmt. Eine undankbare Rolle hätte derjenige auf sich genommen, der es in der Periode der ersten Jahre zu prophezeien gewagt hätte, dass kaum zwei Jahrzehnten bis zur Revalorisation der Arbeit der Juristen vergehen werden.

Nach dem Krieg hat sich die Anziehungskraft des Juristenberufs anfangs stark vermindert; sogar die Besetzung der angemessenen Anzahl der aufzunehmenden Studenten war schwierig; eine „Einschulungskampagne“ mit Agitationscharakter war nötig. Der, im praktischen Leben tätige Jurist hat sich auch gesellschaftlichen Vorurteilen gegenübergestellt gefunden: im Bewusstsein der öffentlichen Meinung wurde das Bild des für die demokratische Progression und für die Wahrheit kämpfenden Juristen oft durch das Andenken des „Advokaten, Schinders des Volkes“, des „herumdeutelnden Juristen“, des „unverbesserlichen Bürokraten“ unterdrückt. Die gesellschaftliche Ehre des Juristentums hat den Tiefpunkt erreicht.

Mit der Zeit hat sich jedoch das Werturteil der ungarischen Gesellschaft vom Juristentum geändert. Hierbei spielten mehrere Faktoren eine Rolle. Vor allem dass das Juristentum mehr empfänglich als vielleicht alle Schichten der Intelligenz für die *sozialistische Ideologie* war, und

sich kräftig in die Durchführung der, mit der gesellschaftlichen Umgestaltung zusammenhängenden Staatsorganisations- und Rechtsschöpfungsarbeiten angeschlossen hat. Die Zusammenstellung des ungarischen Juristentums hat sich auch stufenweise verändert: es hat sich immer mehr mit den, von den juristischen Fakultäten der Universitäten neu herausgekommenen *Arbeiter-Bauer-Jugendlichen* aufgefüllt. Die im zweiten Teil der vierziger Jahre und in den fünfziger Jahren eingeführten Reforme sorgten dafür, dass auch der *Hochschulunterricht* der Rechtswissenschaften gemäss den Anforderungen der demokratischen Progression umgeändert werde – und zwar sowohl organisatorisch und inhaltlich, wie auch betreffend der Unterrichtssysteme.<sup>3</sup>

Die Entwicklung des sozialistischen Staatslebens und der Wirtschaft haben den Anspruch der ungarischen Gesellschaft für die Arbeit der Juristen immer mehr gesteigert. Die enorme Steigerung dieses Anspruches und die Erkennung der Unentbehrlichkeit des Juristen in zahlreichen – früher vernachlässigten – Gebieten haben in der Bewertung der Arbeit der Juristen im Laufe der Einführung der *wirtschaftlichen Reformen* in Ungarn ab 1968 eine wahrhaftige Wendung ergeben.<sup>4</sup>

Eine indirekte Folge des neuen Systems der ungarischen Wirtschaftsleitung erwies sich darin, dass den Juristen sowohl in der Arbeit der Rechtspflege und der Staatsorganisation, wie auch auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Tätigkeit immer mehr und mehr Aufgaben zuteil wurden, und diese Aufgaben – bei Verdrängung der früheren häufigen Schablonenmässigkeit immer reichhaltiger und komplizierter wurden; dieser quantitativen und qualitativen Änderung folgten an der Spur, sozusagen auf jedem Gebiet des Staatslebens und des Wirtschaftslebens – auch in der sozialisierten Landwirtschaft! – die Gründung neuer Juristenposten.

Als Resultat der Entwicklung hat die *Gesamtanzahl* der Inhaber des Universitätsdiploms der Rechtswissenschaften in Ungarn zurzeit des letzten Zensus (im Jahr 1980) eine früher nie erreichte hohe Zahl erwiesen: diese Zahl kommt auf etwa 34 Tausend. Diese Zahl erweist einen absoluten Zuwachs, sogar im Verhältnis zu den erwähnten Spitzendaten vom Jahr 1941.

In relativer Gegenüberstellung ist jedoch – mit der Gesamtanzahl der Hochschulausgebildeten – kein Zuwachs vorhanden, da zufolge der äusserst dynamischen Entwicklung der Universitäts- und Hochschulausbildung in Ungarn die Absolventen der höheren Studien schon 5.8 Prozent der erwachsenen Bevölkerung (15 jährig und älter) ausmachen,<sup>5</sup> ihre Gesamtanzahl heute nahezu eine halbe Million beträgt, und von ihnen nur etwa 7 Prozent über ein Diplom der Rechtswissenschaften verfügen.<sup>6</sup> Unter derartigen Umständen kann sogar trotz des zugewachsenen Juristenanzahls in Ungarn auf dem Gebiet des Juristenbedarfs von Befriedigtheit, von irgendwelchem Sättigungszustand nicht gesprochen werden, höchstens von der Linderung der Ansprüche mit stabilisierendem Zweck.

Den Wert des Gesamtanzahls von etwa 34 Tausend relativisiert weiter die ungünstige Alterstruktur (das Verhältnis der Juristen vorgerückten Alters ist viel zu viel gross),<sup>7</sup> ferner auch jener Umstand, dass ein erheblicher



Teil der Juristen (gemäss auf Schätzungen basierten Daten: mehr als 30 Prozent) nicht in seiner Ausbildung entsprechenden, sondern in anderen (technischen, kulturellen, sanitären, Rechnungsführungs- bzw. finanziellen) Posten arbeiten<sup>8</sup> (siehe das gewissermassen Weiterleben des früheren „universellen“ Charakters des Diploms der Rechte auch in den grundlegend geänderten sozialen-wirtschaftlichen Umständen!).

## II.

1. Die zur Ausübung der Rechtsbeschäftigungen nötigen theoretischen (und – in kleinerem Teil – praktischen) Kenntnisse bieten in Ungarn die *Fakultäte für Staats- und Rechtswissenschaften* der Universitäten. Eine juristische Fakultät mit vollständigem Ausbildungszyklus haben die Universitäten von Budapest, Szeged und Pécs; die bei der Technischen Universität für Schwerindustrie in Miskolc auszugestaltende juristische Fakultät begann vorläufig mit der Benennung „Institut“ die Juristenausbildung im ersten Jahrgang 1981/82.

Die, sich bei der Universität mit dem Diplom der Reifeprüfung (oder – ausnahmsweise – ohne Diplom) meldenden Jugendlichen müssen eine *Aufnahmeprüfung* ablegen; die Rahmenanzahl der aufnehmbaren Rechtsstudenten setzt jährlich das Ministerium für Unterricht fest.

Der Unterricht geht in dreierlei Formen vor: für die nicht arbeitenden Studenten im *Direktstudium* (vormittags), für die, am Sitz der Universität (und in deren Umgebung) wohnenden und im Arbeitsverhältnis stehenden Studenten am *Abendkurs* (nachmittags), für die, ebenfalls im Arbeitsverhältnis stehenden, aber ferner wohnenden Studenten dagegen im *Fernstudium*. Am Tageskurs (Direktstudium) ist die Zeitdauer des Studiums: neun Semester, für den Abendkurs und für den Fernstudium dagegen zehn Semester. Die Hörer des Direkt- und Abendkurses nehmen an Vorträgen, die für den ganzen Jahrgang abgehalten werden, und an kleineren – für Gruppen mit 12–20 Mann – organisierten praktischen (Seminar-) Beschäftigungen teil; der Besuch dieser ist obligatorisch. Die Hörer des Fernstudiums müssen im allgemeinen viermal pro Semester auf den Sitz der Universität reisen, wo sie dann in Gruppen eingeteilt jedesmal je zwei Tage lang an Konsultationsbeschäftigungen teilnehmen.<sup>9</sup>

Die zwei *didaktischen* Hauptzüge des Hochschulunterrichts der Rechte in Ungarn sind laut unserer Beurteilung die folgenden:

– Bestrebungen zur Bekämpfung des traditionellen und in vielen Ländern (in der Vergangenheit auch in Ungarn) allgemein zur Geltung kommenden *Massenschulungscharakters* der Juristenausbildung an der Universität; dies fördert – unter anderen – das immer mehr in den Vordergrundtreten des *in kleineren Gruppen* vorgenommenen Seminarunterrichts gegenüber den für das ganze Auditorium gehaltenen „grossen“ Vorlesungen; heute machen schon etwa die Hälfte der Stunden diese Seminarbeschäftigungen aus; durch dieses System wird die mehr intensive Arbeit mit den Hörern ermöglicht und dadurch hoffentlich – die Steigerung der Wirksamkeit des Unterrichts.

— Der, eine *Grundbildung* bietende (nicht sektionsweise, berufsspezialisierende) Charakter des Unterrichts und im Zusammenhang damit der oft hervorragende Durchbruch der theoretischen (wissenschaftlichen) Kenntnisse gegenüber der Demonstration der konkreten Rechtspraxis; die Universität will die Rechtsstudenten mit theoretisch wohlbegründeten und umfassenden, systematisierten und orientierenden derartigen Kenntnissen bewappnen, im Besitz welcher sie nach Vollendung ihrer Studien und nach Ableistung der Zeit des Fachpraktikums selbständig zu arbeiten fähig werden, „auf dem Gebiet der Rechtspflege, der Lenkung der Gesellschaft und der Wirtschaft eine Rechtsanwendungs-, Rechtsnormvorbereitungs- und Verwaltungs-Organisierungs-Arbeit zu leisten, die, in der Praxis ihres Arbeitsgebietes nötigen Fachkenntnisse zu erlernen und anzuwenden, die Staats- und Rechtswissenschaften zu kultivieren.“<sup>10</sup>

Der *Inhalt* der ungarischen Juristenausbildung ist nebst der Beurteilung *marxistischen-leninistischen* Geistes der Staats- und Rechtsinstitutionen durch das verhältnismässig umfangreiche *historische* (universal- und ung. rechtsgeschichtliche, römischrechtliche) Fundieren, und durch die, sich sowohl auf die sozialistischen, wie auch auf die kapitalistischen und Entwicklungsländer erstreckende *Rechtsvergleichen* bemessen; beim Unterricht einzelner Disziplinen kommen in gesteigertem Masse die *soziologischen* Gesichtspunkte und — neulich, sporadisch — auch *rechtsinformatische* Methode zur Geltung.

Im Laufe ihrer Studien müssen die Studenten verschiedene *Prüfungen* (Kolloquium, Rigorosum usw.) ablegen, und nach dem Absolutorium die *Staatsprüfung*; dessen Lehrgegenstände sind: Staats- und Rechtstheorie, Staatsrecht und Staatsverwaltungsrecht, Strafrecht und Strafverfahrensrecht, Zivilrecht und Zivilverfahrensrecht.

2. Im Rahmen der par excellence Juristenberufe berechtigt die erfolgreich bestandene Staatsprüfung, bzw. das aufgrund derselben ausgefolgte Universitätsdiplom der Rechtswissenschaften zur vollrechtlichen Ausübung dieses Berufes noch nicht; hierzu muss noch die sogenannte rechtliche Fachprüfung bestanden werden, der im allgemeinen eine zweijährige Rechtspraxis hervorgeht.<sup>11</sup> Die Fachprüfung der Rechtswissenschaften ist als organischer Teil der Juristenausbildung auf den, die Grundbildung bietenden Universitätsunterricht aufgebaut. Es ist eine derartige, theoretisch anspruchsvolle, — entscheidend jedoch praktische Fachkenntnisse erfordernde, die Ausbildung abschliessende Prüfung, die die einheitlichen Prüfungserfordernisse berücksichtigt, jedoch auch weitgehend die Ansprüche der Spezialisierung der Rechtspfleger vor den Augen hält.<sup>12</sup>

Die prinzipiell einheitliche Fachprüfung der Rechte hat drei spezialisierte Sektionen: Sektion für Richter—Staatsanwälte—Advokaten Sektion für Rechtskonsulenten (Justitiare), Sektion für Juristen in der Staatsverwaltung. Nebst den, an sämtlichen Sektionen figurierenden Gegenständen Zivilrecht, Familienrecht und Zivilverfahrensrecht weichen Prüfungsgegenstände der einzelnen Sektionen teilweise voneinander ab.<sup>13</sup>

Der, seine zweijährige Rechtspraxis ableistende Gerichts- und Staatsanwaltschaftsreferendar, Rechtsanwaltsanwärter, juridischer Referent

usw., kann aufgrund des nach Ablegung der rechtlichen Fachprüfung erworbenen neueren Diploms schon zum Richter gewählt, zum Staatsanwalt ernannt, als Advokat in irgendein Rechtsanwaltskammer aufgenommen, als Rechtskonsulent eines Unternehmens, einer Genossenschaft angestellt werden usw.

3. In Ungarn wird auch regelmässige Juristenfortbildung durchgeführt; deren institutionelle Zentrale ist nebst der, im Rahmen des Justizministeriums, der Staatsanwaltschaft, der Vereinigung Ungarischer Juristen usw. vorgehenden Weiterbildung — das Fortbildungsinstitut der Rechtswissenschaften der „Eötvös Loránd“-Universität zu Budapest. Dieses Institut befasst sich mit der organisierten Fortbildung der absolvierten Juristen, sowie mit der Beibringung juridischer Kenntnisse an Nichtjuristen-Fachleute, die eine andere Fachausbildung haben.<sup>14</sup>

Wir möchten noch erwähnen, dass im ungarischen System der wissenschaftlichen Qualifizierung auch Juristen den akademischen Grad „Kandidat der Wissenschaften“, sowie „Doktor der Wissenschaften“ erlangen können.<sup>15</sup>

### III.

1. Die traditionellen Hauptbeschäftigungen der Juristen sind in Ungarn die folgenden: (beruflicher) Richter, Notar, Staatsanwalt, Advokat, Rechtskonsulent und Jurist in der Staatsverwaltung.

Alle erhalten die Ausbildung desselben Niveaus; alle müssen die Rechtsstudien an der Universität absolvieren, die Universitäts-Staatsprüfung bestehen, und danach auch die erwähnte Fachprüfung.

Mit Rücksicht darauf, dass — wie erwähnt — an der Universität keine zweiglässige spezialisierende Ausbildung vorgenommen wird, und die Fachprüfung — trotz des angedeuteten Sektionssystems — für einheitlich qualifiziert wird, sind die erwähnten Beschäftigungen der Juristen auch *einheitlich* in dem Sinne, dass das erworbene Diplom hundertprozentig umwechselbar („konvertibel“) ist, das heisst: die Fachprüfung welcher Sektion auch immer der Kandidat bestanden hat, er prinzipiell berechtigt ist, jeden juristischen Hauptberuf zu bekleiden.

Der wahrhaftige Usus ist selbstverständlich, dass der Charakter des nach der Staatsprüfung geleisteten Rechtspraktikums schon im voraus determiniert, für welche Fachprüfung sich der Kandidat melden, und welchen Juristenberuf er in Zukunft ausüben wird. Des weiteren steht jedoch einem Berufswechsel kein Hindernis im Wege; es gibt auch eine gewisse „Mobilität“ unter den einzelnen Juristenberufen in Ungarn. Es ist eine andere Frage: ob es in Kenntnis dieses Gebrauchs und bei Hervorhebung des einheitlichen Charakters der Rechts-Fachprüfung richtig ist, die Fachprüfung doch nach drei Richtungen (und — mit Rücksicht auf den dreifachen Charakter: Richter-Staatsanwalt-Advokat der ersten Sektion — eigentlich nach fünf Richtungen) aufzugliedern?<sup>16</sup>

Das Wesen der Sache steckt jedenfalls in der Einheitlichkeit der Ausbildung und der Befähigung. Die gesellschaftliche Arbeitsteilung



ergibt daneben selbstverständlich wesentliche Abweichungen unter den erwähnten Rechtsbeschäftigungen. Über jenen gemeinsamen Zug hinaus, dass das „Arbeitsinstrument“ eines jeden das Recht ist, charakterisieren sowohl ihre Aufgaben und ihre Funktion, wie auch die (organischen) Rahmen und Methode ihrer Tätigkeit verschiedene Züge.

Ausgenommen den Advokaten (der eine freie Beschäftigung hat) stehen alle in *Arbeitsrechtsverhältnis*; die Letzteren – ausser den Rechtskonsulenten (deren Mehrzahl der Angestellte eines Wirtschaftsorgans ist) – sind alle im *öffentlichen Dienst* (in staatlicher Anstellung) tätig.

Die, auf den Beruf des Richters, des Notars und des Staatsanwalts bezügliche *Inkompatibilitätsregel* verbieten die Ausübung jedweder Erwerbstätigkeit (z.B. in Zweitanstellung) – ausgenommen die wissenschaftliche, künstlerische, literarische und didaktische Arbeit. Der Rechtsanwalt kann – ausgenommen seinen Amt in der Organisation der Juristen – in keinerlei Arbeitsverhältnis stehen. Hinsichtlich der Rechtskonsulenten verbietet die Rechtsnorm die Gründung einer Zweitanstellung (oder eines weiteren Arbeitsverhältnisses anderer Form) nicht. Bei ihnen und bei den Juristen der Staatsverwaltung ist die Zweitanstellung ziemlich häufig: laut den Angaben einiger soziologischen Untersuchungen kommt dies bei etwa 30 Prozent von ihnen vor;<sup>17</sup> (dies ist etwa das Doppelte der bei anderen diplomierten Intellektuellen befundenen Fällen). Die Hauptursache (der Zweck): ist offensichtlich die Ergänzung des Einkommens.

Sämtliche Juristen (sogar die nicht in Arbeitsverhältnis stehenden Advokate!) sind berechtigt, die Leistungen der *Sozialversicherung* zu geniessen, inbegriffen auch die *Alterspension*.

2. Die Richter erhalten ihre Ämter durch *Wahl*; sie werden durch den Präsidialrat der Volksrepublik für unbestimmte Zeit erwählt. Voraussetzungen der Wahl zum Richter: Straffreiheit, Unbescholtenheit, ungarische Staatsangehörigkeit, aktives Wahlrecht, Vollendung des 24. Lebensjahres, Absolutorium der Universitätsstudien der Rechtswissenschaften und Ablegung der Fachprüfung der Rechte.

In der Ungarischen Volksrepublik ist die grundlegende Aufgabe des Gerichts: die Rechtsprechung; dies ist zugleich seine monopolartige Befugnis: kein anderes Organ kann eine Rechtsprechung ausüben.

Im Laufe der Ausübung der Rechtsprechung ist der Richter *unabhängig* und ist nur dem Gesetz untergeordnet. Die richterliche Unabhängigkeit hat zahlreiche rechtliche Garantien; von denen sollen die richterliche Inkompatibilität, sowie die spezielle gesetzliche Regelung des Immunitätsrechtes hervorgehoben werden.

Im Laufe der Ausübung der Rechtsprechung kommt dem Richter immer die Rolle des Rechtsanwenders (und des Rechtsauslegers) zu; er kann keine Gesetzgebung ausüben.

Das sogenannte *richterliche Recht* wird von der ungarischen juristischen Auffassung nicht anerkannt; eine Rechtsnorm können nur die hierzu durch eine konstitutionelle (oder durch eine sonstige Rechtsregel erteilte) Gesetzesdelegation ermächtigte Organe schöpfen. Diese prinzipielle Regel schliesst jedoch dessen Möglichkeit nicht aus, dass in der Praxis der



verschiedenen Gerichte, insbesondere aber im Laufe der prinzipiellen urteilsfällungsdirektiven Tätigkeit des Obersten Gerichts der Ungarischen Volksrepublik (am häufigsten bei der Ausgestaltung eines Rechtsauslegungsstandpunktes im Zusammenhang mit der Aufhebung einer Gesetzeslücke, die bei der Entscheidung irgendeiner konkreten Frage erfahren wurde) eine, das gültige Recht in gewissem Sinne ergänzende gerichtliche Verfügung geschaffen werde, beziehungsweise eine, dies enthaltende Gerichtspraxis zustandekomme. Ein, die effektive Wahrheit des Rechtslebens spiegelnder Vorgang derartigen Resultats führt meistens dazu, dass anlässlich der, das gegebene Rechtsgebiet berührenden nächsten Rechtsnormmodifizierung grösserer Bedeutung die gerichtlichen Standpunkte geschilderten Inhalts in Form einer abgefassten Norm gewöhnlich in die neue Rechtsnorm hineinkommen. Dies geschah zum Beispiel bei der Erlassung der dritten Novelle (Gesetzesverordnung Nummer 26 vom Jahr 1972) der Zivilprozessordnung (III. Gesetz vom Jahr 1952), sowie bei der neuen Modifizierung (IV. Gesetz vom Jahr 1977) des Zivilgesetzbuches (IV. Gesetz vom Jahr 1959)<sup>18</sup>.

In Ungarn sind auch die *Notare* öffentliche Bediensteten, sie stehen mit dem Staat in Arbeitsverhältnis und versehen ihre Pflichten für ein Monatsgehalt. Die Notare sind bei den, an der Grundstufe des ungarischen Gerichtsorganisation stehenden Amtsgerichten (Stadt-, bzw. Bezirksgerichten) tätig; sie werden vom Justizminister ernannt; die Bedingungen der Ernennung sind die gleichen, wie jene, die wir betreffs der Wahl zum Richter schon dargelegt haben.

Die Aufgabe des Notars liegt darin, gewisse ausserprozessuale Verfahren (z.B. Nachlassverfahren) zu erledigen, öffentliche Urkunden zu verfassen, gewisse Beglaubigungsarbeiten (z.B. Beglaubigung von Namensunterschriften und Abschriften) durchzuführen, Dokumente und Wertgegenstände aufzubewahren, etc., und hierdurch der Bevölkerung und den juristischen Personen eine Hilfe zu leisten.

In der Ungarischen Volksrepublik versieht der *Staatsanwalt* — im Sinne der sozialistischen Auffassung des Rechtes — die Aufgabe des Aufsehers der Gesetzlichkeit. Dementsprechend erstreckt sich seine Funktion weit über die Dienstobliegenheiten der Verbrechenverfolgung hinaus; er kann auch im Zivilverfahren des Gerichts teilnehmen und über die Gesetzlichkeit der Tätigkeit rechtlicher Beziehung der gesellschaftlichen und genossenschaftlichen Organe die Aufsicht ausüben.

Trotz der erwähnten Befugnis wird jedoch der Staatsanwalt nicht zum Vorgesetzten dieser Organe und verfügt auch über keinerlei Verweigerungsrecht ihnen gegenüber; seine Befugnis ist bloss ((und gleichzeitig auch seine Pflicht), im Falle der Bemerkung einer Gesetzesverletzung zur Abschaffung, Behebung derselben die einleitenden Schritte zu tun. Die Befugnis der Entscheidung hinsichtlich einer Initiative des Staatsanwaltes steht dem betreffenden Organ selbst, oder seinem Aufsichtsorgan, beziehungsweise — in gewissen Fällen — dem Gericht zu.

Ein charakteristischer Zug des ungarischen Zivilverfahrensrechtes ist, dass dem Staatsanwalt im Zivilprozess und in den ausserstreitigen Ver-

fahren in einem verhältnismässig ausgedehnten Kreis die Mitwirkungsmöglichkeit zugesichert ist.

Aus wichtigem Staats- oder Sozialinteresse, oder aber falls der Berechtigte aus welchem Grund auch immer nicht imstande ist seine Rechte zu bewahren, kann der Staatsanwalt eine Klage zwecks Geltendmachung der Gesetzlichkeit einleiten; er ist nicht berechtigt einen Prozess einzuleiten, falls irgendein subjektives Recht laut einer Rechtsnorm nur eine bestimmte Person oder nur ein bestimmtes Organ zur Geltung bringen kann (zum Beispiel: Festsetzung der Abstammung, Scheidung der Ehe, Auslieferung des Kindes usw. im Prozessweg). Diese letztere Einschränkung wird jedoch gegenstandslos, wenn der Berechtigte des subjektiven Rechtes den Prozess schon selbst eingeleitet hat; der Staatsanwalt kann in diesem Fall das staatsanwaltliche Mitwirkungsrecht im Zivilverfahren in einer anderen Form in Anspruch nehmen: er kann sein *Auftreten* nämlich in jedweden schon angestregten Zivilprozess (und ausserstreitigem Verfahren) beim Gericht anmelden.

Im Laufe seiner Teilnahme am Zivilverfahren figuriert der Staatsanwalt natürlich nicht als sogenannte materielle Partei, sondern nur als prozessuelle Partei, er bringt ja nicht sein eigenes subjektives Recht zur Geltung. Seine Aufgabe ist auch hier ausschliesslich gesetzlichkeitswahrenden Charakters, dient dazu: die sozialistische Rechtsordnung zur Geltung zu bringen.

Zur Klageanstrengung durch den Staatsanwalt und zum Auftritt im Verfahren kommt es in Ungarn verhältnismässig selten. Der Staatsanwalt hält sich streng zur gesetzlichen Vorschrift, laut welcher er „im Laufe seiner Teilnahme am Verfahren die Verfügungsbefugnis der Parteien respektieren muss, es sei denn, dass deren Ausübung das öffentliche Interesse, oder die gesetzlichen Interessen anderer nicht verletzt.“<sup>19</sup>

Im Praxis der Rechtspflege bekleidet eine mehr bedeutende Rolle jene Befugnis des Generalstaatsanwalts der Ungarischen Volksrepublik (und des Präsidenten des Obersten Gerichts), wonach er gegen jedweden rechtskräftigen Gerichtsbeschluss — falls dieser gesetzverletzend oder unbegründet ist — *einen Protest zur Wahrung der Gesetzlichkeit* zum Obersten Gericht der Ungarischen Volksrepublik einlegen kann.<sup>20</sup>

Die Staatsanwälte werden vom Generalstaatsanwalt der Ungarischen Volksrepublik für eine unbestimmte Zeit ernannt, und er selbst wird vom Parlament für fünf Jahre erwählt. Die Voraussetzungen des Amtes des Staatsanwaltes sind die gleichen wie des Amtes des Richters.

Die *Advokaten* und die *Rechtskonsulente* sind ebenfalls sehr wichtige Faktoren des gesellschaftlichen-wirtschaftlichen Lebens, insbesondere der Rechtsanwendung, und in deren Rahmen der Rechtsprechung.

Die Aufgabe des *Advokaten* ist, den Klienten (Privatpersonen, Wirtschaftsorganisationen, gesellschaftlichen Organisationen) im System der freien Advokatenwahl eine rechtliche Hilfe zu leisten.

Das Hauptgebiet der Funktionen des Advokaten ist das Straf- und Zivilverfahren des Gerichts. Bedeutend ist daneben auch jene Tätigkeit, die die Advokaten ausser dem Gerichtsverfahren bei anderen Behörden,



zum Beispiel im Laufe eines Verfahrens bei den Staatsverwaltungsorganen im Interesse der Parteien ausüben. Einen beachtungswerten Teil der Arbeit des Advokaten bedeuten die Rechtsberatung, die Information, die Zusammenstellung von Eingaben, die Verfassung von Verträgen für die Bürger und für die juristischen Personen.

Grundlegend ist jenes Erfordernis, dass der Advokat die Durchsetzung der Rechte der Klienten mit gewissenhafter Arbeit unterstütze, er kann jedoch in der Umgehung der Verfügungen des Gesetzes, oder in der Auspielung derselben, beziehungsweise im auf welcher Weise auch immer vorzunehmendem Missbrauch des Rechtes nicht mitwirken.<sup>21</sup>

In Ungarn ist die Rechtsanwaltschaft (die Advokatur) sowohl aus Organisations-, wie auch aus Kompetenz-Standpunkt eine einheitliche, autonome Korporation. Es gibt keine zweierlei Gliederung der Advokatur weder nach englischem, noch nach französischem Muster (barrister-sollicitor, avocat-avoué), und auch keine derartige Diskrimination, die den Auftritt des Advokaten vor irgendeinem Gericht (z.B. höheren Grades) dem Kompetenz-Gebiet nach, oder auf Grund der Zeit der Rechtspraxis beschränken würde.

Die fachliche Spezialisierung gemäss den einzelnen Rechtsgebieten (z.B. hinsichtlich der Kriminalverteidigung, der Familienrechtsprozesse usw.) kommt selbstverständlich in Ungarn vor, dies ist jedoch nicht offiziellen Charakters und hat auch keine organisatorische Auswirkung.

Die Voraussetzungen des Advokatenberufs (der Mitgliedschaft der Rechtsanwaltskammer) sind die gleichen, wie jene der Wählbarkeit zum Richter.

Ausser einigen zur Ausübung einer Privatpraxis aufgrund der Genehmigung des Justizministers berechtigten Advokaten üben ihre Tätigkeit sämtliche Advokaten im Rahmen eines *Rechtsanwaltskollegiums* aus. Dieses, aus 4 bis 20 Mitgliedern bestehendes — den Kollegialkanzleien ähnliches — Kollektiv ist die primäre Organisation der Advokatenautonomie in Ungarn. An Spitze des Arbeitskollektivs steht der, durch die Mitgliederversammlung gewählte und durch das Präsidium der Rechtsanwaltskammer bekräftigte Leiter.

Die *Rechtsanwaltskammern* sind die autonomen Organe mittleren Grades der Rechtsanwaltschaft, die auf territorialer Basis organisiert sind: pro Komitat, und in der Hauptstadt (insgesamt 20). Die Rechtsanwaltskammer vertritt die kollegialen Interessen der Advokate, sorgt für die Verteidigung ihrer Rechte und für die Kontrolle ihrer Pflichterfüllung, übt die Disziplinarbefugnis über ihnen aus, nimmt Stellung und unterbreitet Vorlagen in Fragen hinsichtlich der Rechtspflege sowie der Rechtsschöpfung. Die Organe der Rechtsanwaltskammer sind: die Generalversammlung, das Präsidium, die Kontrollkommission und der Disziplinarrat.

Das autonome Landes-Organ der ungarischen Rechtsanwaltschaft ist: der *Zentralrat der Rechtsanwälte*, der von den Präsidenten der Kammern und von ihren, für den Amt der Ratsmitglieder erwählten weiteren Repräsentanten besteht. Der Zentralrat der Rechtsanwälte verrichtet einerseits



Obliegenheiten verwaltungscharakters (Verfahren zweiter Instanz in Disziplinarsachen der Rechtsanwälte, Überprüfung der Berufungen gegen die Beschlüsse der Präsidien der Kammern, Organisation und Leitung usw. der Fortbildung der Advokate), erfüllt andererseits die Rolle des Beraters beim Justizminister, und nimmt Stellung, bzw. bringt Anträge in den wichtigsten Fragen ein, die die Rechtsanwaltschaft berühren.

Die Oberaufsicht der Rechtsanwaltschaft führt der Justizminister. In dieser seiner Befugnis übt der Justizminister hinsichtlich der Tätigkeit der Advokate die prinzipielle Leitung aus und kontrolliert die Funktion der Anwaltsorgane.

Für die seinerseits erledigten Sachen erhält der Advokat aus den, von den Klienten an das Rechtsanwaltskollegium einflussenden Beträgen sein Honorar. Das *Honorar* des Advokates ist — im Rahmen der seitens des Justizministers festgesetzten Tarif — Gegenstand freier Vereinbarung. Bei Festsetzung des Honorars sollen der Charakter (das Objekt) der Sache und deren Bedeutung, das, zur Verrichtung des Auftrages erforderliche Arbeitsquantum, sowie die persönlichen und finanziellen Verhältnisse des Klienten berücksichtigt werden.

Die Aufgabe des *Rechtskonsulenten* ist ebenfalls, berufsmässig eine juristische Hilfe zu leisten. Im Verhältnis zur Lage des Advokaten erweisen sich jedoch beim Rechtskonsulenten zwei grundlegende Abweichungen: der Rechtskonsulent steht immer in Arbeitsrechtsverhältnis (bei Genossenschaften eventuell: in Mitgliedsverhältnis) und versieht seine Arbeit nicht im Kreis der Bevölkerung, sondern gewöhnlich bei irgendwelchem Wirtschaftsorgan (Unternehmen, Genossenschaft usw.).

Die Qualifikation des Rechtskonsulenten ist die gleiche der des Advokaten; er muss ebenfalls die Fachprüfung der Rechte ablegen, und die Bedingungen seiner Ernennung sind auch die gleichen der, der Tätigkeit des Advokaten. Der Rechtskonsulent ist jedoch nicht Mitglied der Rechtsanwaltskammer und kann sich mit der Vertretung von Privatklienten — ausgenommen gewisse Sachen der Werk tätigen seines Unternehmens (oder seiner Genossenschaft) — auch nicht befassen.

Die kategorische organisatorische Trennung dieser beiden Juristenberufe erfolgte in Ungarn im Jahr 1955; bis dahin war ihre Rechtsstellung die gleiche, und der Rechtskonsulent war auch Mitglied der Rechtsanwaltskammer. In ihrer Arbeit erweisen sich zwar auch heute gewisse Kontaktflächen, die organisatorische Differenzierung — deren Grundlage schliesslich und endlich die kraftvolle Entwicklung des sozialistischen Sektors der ungarischen Volkswirtschaft und in diesem Zusammenhang die, ein Arbeitsverhältnis (Mitgliedsverhältnis) beanspruchende ständige Beschäftigung bildet, — ist jedoch auch weiterhin geblieben.

Und dennoch tritt in den letzten Jahren eine weitere Annäherung im Charakter der Rechtsanwalts- und Rechtskonsulentenarbeit auf einem ihrer wichtigsten Tätigkeitsgebieten, in der Rechtsprechung. In Verbindung mit der Weiterentwicklung des ungarischen ökonomischen Systems hat nämlich die Gerichtsreform des Jahres 1972 die zur Beurteilung der Rechtsstreite innerhalb des sozialistischen Sektors aufgestellten Wirtschafts-

Arbitragen, sowie die territorialen Schiedskommissionen für Arbeitskonflikte eingestellt und ihre Rechtssachen dem Gerichtsverfahren zugewiesen. Dadurch wurde auch einer der wichtigsten Schauplätze der Arbeit der Rechtskonsulenten des Gericht und sie selbst wurden — durch die Wirtschaftsprozesse und Rechtsstreite des Arbeitswesens — in der Rechtsprechung regelmässig mitwirkende Juristen.

Der Rechtskonsulent muss seine Aufgabe derart besorgen, dass er in Verbindung mit der Verrichtung der Rechtssachen des Unternehmens mit seiner Tätigkeit die Durchsetzung der sozialistischen Gesetzlichkeit vorwärtsbringe.<sup>22</sup>

Im Zivilverfahren ist in Ungarn weder hinsichtlich des Charakters der Sache (des Gegenstands der Sache), noch davon abhängig, vor welchem Gericht das Verfahren anhängig ist, die Vertretung durch einen Rechtsanwalt (Rechtskonsulent) *nie obligatorisch*. Dessenungeachtet nehmen die Klienten gewöhnlich doch die Hilfe eines Berufsjuristen in Anspruch. Nebst der, gemäss einer Tarif zu honorierenden Mitwirkung eines Advokaten (und der Hilfe eines, mit der Hälfte des, gemäss dieser Tarif zu honorierenden Rechtskonsulenten) können die Bürger auch vollkommen *gratis* eine fachgemässe Unterstützung bekommen.

Auf Ersuchen des, mit Rücksicht auf seine materiellen Umstände, usw. der vollkommenen oder teilweisen Kostenbefreiung begünstigten Klienten kann das Gericht zur unentgeltlichen Durchführung der Sache einen sogenannten *Armenanwalt* bestellen. Institutionell gewährt einen unentgeltlichen Rechtsschutz, bzw. eine Hilfe den Werktätigen, Rentnern des Unternehmens (der Genossenschaft) das *Rechtshilfedienst* der Gewerkschaft und der Genossenschaft. Im Rahmen des Rechtshilfedienstes sind Rechtskonsulenten, pensionierte Juristen, Advokaten usw. tätig, die ihr Honorar von der Gewerkschaft (Genossenschaft) erhalten.<sup>23</sup>

Eine weitere vielköpfige, verhältnismässig abgesonderte, spezifische Züge aufweisende Schichte des ungarischen Juristentums bilden die *im Staatsapparat* — hauptsächlich in der Ratsorganisation — *arbeitenden Juristen*. Diese verrichten Verwaltungsarbeiten, und üben oft behördliche Befugnis aus. Ihre Arbeit hat in gesteigertem Masse einen politischen Inhalt und ist eben deswegen äusserst verantwortungsvoll.

Die, auf die rechtliche Natur (auf den rechtlichen Charakter) und auf die Bedeutung der Gesetzlichkeit zahlreicher Gebiete der Verwaltungsarbeit bezügliche Auffassung, in einem Wort dessen Erkennung, dass die Verwaltungstätigkeit — nicht nur als Arbeit mit Entscheidungskarakter, sondern auch als organisatorische Arbeit — immer zugleich auch Rechtsanwendung ist, bricht sich stufenweise Bahn. Sozusagen parallel mit diesem Vorgang hat sich auch die auf das Ausbildungssystem der Werktätigen des Rates bezügliche rechtliche Regelung entwickelt. Die Lage kann jedoch noch nicht für vollkommen beruhigend betrachtet werden, obwohl die Rechtsnormen jetzt schon für mehr als 50 Prozent der zur höheren Qualifizierung gebundenen leitenden Arbeitskreisen des Rates die *Juristenqualifizierung* erfordern.<sup>24</sup> Die Schwierigkeiten erweisen sich heute schon nicht so sehr in den Mangelhaftigkeiten des Ausbildungs-



niveaus der im Ratsapparat tätigen Juristen, sondern vielmehr darin, dass es sehr oft nicht möglich ist, gewisse Arbeitskreise des Rates mit Juristen, die den Qualifikationsvorschriften entsprechen, besetzen zu lassen.<sup>25</sup>

Die Arbeit der Juristen des Rates hat eine äusserst grosse Bedeutung, sowohl aus dem Standpunkt der Gesetzlichkeit und der Wirksamkeit der Tätigkeit der staatlichen Organe, wie auch aus dem Standpunkt der Verteidigung der Rechte der Bürger und der juristischen Personen. In erheblichem Masse ist die reibungslose, glatte Funktion des Staatsapparats und die, in der Erledigung der jährlich mehrere Millionen von verwaltungsrechtlichen Entscheidungen beanspruchenden Rechtssachen der Werk-tätigen unvermeidliche Rechtssicherheit ihnen zuzuschreiben. Für sie sind auf diesem Gebiet jene Garantien auch bedeutend, die — im Kreis der Rechtsbeschäftigungen bleibend — einerseits die Aufsichtsarbeit der Staatsanwaltschaft über die Gesetzlichkeit der Staatsverwaltung, und andererseits die Möglichkeit der Anfechtung gewisser gesetzverletzenden Staatsverwaltungsbeschlüsse auf dem Wege des gerichtlichen Zivilverfahrens bietet.<sup>26</sup>

#### IV.

1. Bei der Untersuchung des gesellschaftlichen *Prestiges* des Juristentums ist es der Mühe wert vor allem daran zu blicken, was die Meinung der Gänze der Juristen selbst von der Ehre und vom Prestige der einzelnen Rechtsbeschäftigungen ist. Diese *autoptische* Bewertung folgt selbstverständlich — wenigstens teilweise — andere Standpunkte, als die von der *äusseren* Lage losgehende öffentliche Meinung.

Ein ziemlich verlässlicher Domonstrant der Prestigebewertung innerhalb des Juristenberufs könnte die *Mobilität* innerhalb der Berufsart, das gegenseitige Hinüberströmen zwischen den juristischen Beschäftigungen sein. Als signifikante Kennziffern können diese jedoch nicht behandelt werden, da die Mobilität einerseits — quantitativ — nicht genug häufig ist, andererseits dagegen weil in ihrem Hintergrund nicht allein Prestigebewertung zu stehen pflegen. Dabei muss man auch beachten, dass sich die Berufswahl Tendenzen von Zeit zu Zeit — und oft in verhältnismässig kurzen Zeitphasen — wechseln.

Zur Beobachtung der Änderungen, der Fluktuation der Bewertungen hinsichtlich des Prestiges der einzelnen Rechtsbeschäftigungen bieten die, die Anstellung der absoventen Rechtsstudenten charakterisierenden Strebungen und die Erfahrungen des Bewerbungssystems im Zusammenhang mit der Ausschreibung von Stellen.

In deren Anschein hält auf dem Gebiet des *moralischen* Prestige den ersten Platz der Beruf des Richters und des Staatsanwalts, und zwar derart, dass von ihnen im Laufe der, dem 1953 Zustandebringen der ungarischen Staatsanwaltschaft sozialistischen Typs folgenden etwa anderthalb Jahrzehnten, die Reputation des Staatsanwaltsberufs manchmal sogar die, des sonst kontinuierlich für allerhöchst bewerteten Richterberufs überholt hat.



Die auf *materielle* Erwägungen beruhende Prestigebewertung stürzt diese Wertordnung zeitweise — den Änderungen der Entlohnungen, beziehungsweise Einkommen anpassend — um: und es kommt — manchmal sogar für längere Zeitperioden — der, mit der Wandlung des allgemeinen Lebensniveaus und mit den Änderungen des Geldwertes besser den Schritt haltende Advokatenberuf. Die Hoffnung der jungen Juristen auf ein höheres Einkommen des Rechtsanwalts kann gewöhnlich sogar jener Umstand nicht zerstören, dass die anderen Juristenberufe eine verhältnismässig mehr günstige Möglichkeit zum Erwerb einer staatlichen oder genossenschaftlichen Wohnung (welcher Erwerb sonst eine ziemlich lange Zeit in Anspruch nimmt) haben, während der Advokat in der Mehrzahl der Fälle hinsichtlich der Wohnungserwerbung auf seine eigenen finanziellen Mitteln angewiesen ist. Dieser letztere Standpunkt macht auch den Beruf des Juristen des Rates — welcher Beruf zur staatlichen Wohnungsbewirtschaftung näher steht — für diejenigen in gesteigertem Masse anziehend, die sonst als Grundmotiv durch ihr Interesse für Politik usw., und durch ihre Neigung für die Organisationsarbeit diesen Beruf gewählt haben.

Unleugbar spielt in der Berufswahl und -änderung auch die Differenzierung gemäss der *Geschlechter* eine Rolle. Die Juristinnen lieben den Beruf des Advokats, die Mehrzahl fühlt sich doch durch den, sich auf den zuverlässigen Hintergrund des Arbeitsverhältnisses anlehrenden Juristenberuf des Richters, des Rechtskonsulenten und des Rechtspflegers des Rates angezogen (und würden auch zum Beruf des Staatsanwaltes gravitieren, aber dort werden — der Natur der Sache nach — in gewissen Arbeitskreisen die Männer bevorzugt).

Die von Zeit zu Zeit in den Vordergrund tretende Attraktivität des Rechtskonsulentenberufs wird auch hauptsächlich durch die Erwartungen im Zusammenhang mit den Erwerbsverhältnissen (Zweitstellung usw.) angemessen.

Die erwähnten Umstände wirken in erster Reihe auf die Berufsänderungen im Kreise der Juristen, die jedoch nicht allzuhäufig sind; von vielen Leuten mobilisierenden Änderungen kann keinesfalls gesprochen werden.

2. Die Faktoren der Selbstbewertung des Prestige wirken selbstverständlich auch auf die *äussere* Beurteilung der gesellschaftlichen Reputation der Rechtspfleger aus; nebst ihnen wird aber das Urteil der *öffentlichen Meinung* auch durch andere Standpunkte beeinflusst. Von den Letzteren ist jene Meinung die wichtigste, die die Leute von der sozialen Nützlichkeit der Arbeit der Juristen (der Rechtsarbeit) formulieren. Das, auf die soziale Nützlichkeit bezügliche Werturteil selbst ist offensichtlich stark durch die, den Wert des Rechtes (als gesellschaft- und wirtschaftsorganisierendes Mittel, sowie personalitätsverteidigende Garantie) betreffende herrschende Ansicht, ferner durch die Situation der Gesetzlichkeit selbst im Lande, stark beeinflusst.

Im Laufe des vergangenen Vierteljahrhunderts ging die Entwicklung der ungarischen Gesellschaft im allgemeinen in einer Richtung vorwärts,

die es begünstigte, dass die erwähnten Faktoren im sozialen Bewusstsein eine Bewertung positiven Vorzeichens gewinnen; dementsprechend wurde – wie wir es schon angedeutet haben – *das vom Juristen formulierte Bild*, das „Imago“ des Juristen in der öffentlichen Meinung mehr und mehr *vorteilhaft*. Dies ist eine unbezweifelbare Tatsache, selbst wenn an den Juristenkongressen und an den Vollversammlungen der Vereinigung Ungarischer Juristen sogar heute noch ein regelmässig zurückkehrendes Erfordernis (jasogar eine Entscheidung) ist, dass „die gesellschaftliche Ehre des Juristentums gesteigert werden muss.“<sup>27</sup>

Jener Umstand, dass die, auf die Bekleidung gewählter Ämter basierte *öffentliche Tätigkeit* der Juristen sich immer mehr verbreitet, kann auch als ein Anzeichen der Entwicklung geschätzt werden: die Anzahl der Juristen in den Reihen der Abgeordneten der Nationalversammlung, der Delegierten der örtlichen Räte verschiedenen Grades (Komitats-, Stadt- usw.), der Mitglieder der zentralen und örtlichen Kommissionen der Vaterländischen Volksfront usw., nimmt zu.

3. Das *demographische* Bild des ungarischen Juristentums ist ziemlich ungünstig. Der statistische „Altersbaum“ weicht unvorteilhaft vom Diagramm sowohl der ganzen Gesellschaft, wie auch von dem anderer Beschäftigungszweige der Intelligenz ab: mehr als 70 Prozent der Juristen sind schon über vierzig Jahren, und die, über sechzig machen etwa 34 Prozent aus, obwohl diese letztere Verhältnisanzahl bei den übrigen Schichten der Intelligenz sogar 10 Prozent nicht erreicht.<sup>28</sup>

Die derartige Gestaltung der Alterszusammenstellung und des Verhältnisses zu anderen Intellektuellenberufen hat komplizierte Ursachen; auf die meisten haben wir in anderen Beziehungen schon hingedeutet. Hier möchten wir noch eine Ursache erwähnen: und zwar die, auf dem Gebiet der Konzeptionen und Entscheidungen hinsichtlich des *Juristennachwuchses* sich zeitweise unvorteilhaft erweisende Engherzigkeit. Es ist nicht allein darauf zufückzuführen, aber es ist eine Tatsache: die Anzahl der sich zur Aufnahme auf die Fakultäten der Rechtewerbenden übersteigt seit langen Jahren mehrmals die Rahmenanzahl der aufnehmbaren Studenten; dies ist zugleich ein klarer Hinweis auf das Prestige des Berufes.

Die Folgen der, in der Bewertung der Arbeit der Juristen vorgekommenen früheren Fluktuationen und die, auf dem Gebiet der Abwägung des Juristenbedarfes begangenen Planungsfehler sind zwar korrigierbar (dies wurde durch die Festsetzung entsprechender Aufnahmekontingenten der Universitäten und durch Gründung der neuen Institution höherer Studien in Miskolc – vermutlich – durchgeführt), aber eine derartige nachträgliche Korrektur kann auf die Altersstruktur selbst nur nach Ablauf einer längeren Zeit wirken. Für alle Fälle kann es festgestellt werden: dass die *Gleichgewichtslage* sich langsam entfaltet.

Die Voraussetzungen dessen sind auch vorhanden, dass auf dem, mit den Entwicklungserfordernissen der sozialistischen Gesellschaft von heute im Einklang stehenden Niveau die Rolle und Gewichtslage des Juristentums innerhalb der ungarischen Intelligenz und in der ganzen ungarischen Gesellschaft in vollem Masse *stabilisiert* werden.



## ANMERKUNGEN

<sup>1</sup> Eine juristische Ausbildung mittleren Grades existiert in Ungarn — abweichend von gewissen ausländischen Staaten — nicht. Der, an der Hochschule für Staatsverwaltung (Gesetzesverordnung Nummer 3 vom Jahr (1977), oder an der Hochschule für Polizei-offiziere (Gesetzesverordnung Nummer 39 vom Jahr 1970) laufende Unterricht können nicht als solche betrachtet werden.

<sup>2</sup> Das Gesetz Nummer XXXI. vom Jahr 1920, und die Regierungsverordnung Nummer 272/1920 haben in Ungarn zuerst eine Fakultät für Wirtschaftswissenschaften zustandegebracht.

<sup>3</sup> Vgl. *Horváth, Pál*: Reformbestrebungen zur Ausgestaltung der sozialistischen Universität (1950—1970). In: *Annales Universitatis Scientiarum Budapestinensis de Rolando Eötvös Nominatae, Sectio Iuridica*, Tomus XIII., 39 u. folgende Seiten, Budapest, 1971.

<sup>4</sup> *Névai, László*: Rolle und Bedeutung des Zivilprozessrechts in der Rechtspflege und Ausbildung der Juristen. In: *Annales Universitatis Scientiarum Budapestinensis de Rolando Eötvös Nominatae, Sectio Iuridica*, Tomus X., Seite 23, Budapest, 1969.

<sup>5</sup> Statistisches Jahrbuch 1980, Seite 46, Budapest 1981.

<sup>6</sup> Siehe *Jókai, Loránd*: Über die Tätigkeit und Aufgaben der Vereinigung Ungarischer Juristen, *Zschr. Magyar Jog (Ungarisches Recht)* Nr. 1 vom Jahr 1981, Seite 3.

<sup>7</sup> Vgl. „Abgekürzter Stoff der gemeinsam durchgeführten Juristenerfassung des Lehrstuhls für Soziologie der Eötvös-Loránd-Universität und der Vereinigung Ungarischer Juristen“, Budapest, 1976, 2. und folgende Seiten, sowie *Hartay, Henrik*: Ausschusssitzung der Vereinigung Ungarischer Juristen. *Zschr. Magyar Jog (Ungarisches Recht)* Nr. 6 vom Jahr 1977, 550 und folgende Seiten.

<sup>8</sup> Vgl. mit der, vom Lehrstuhl für Statistik der Eötvös-Loránd-Universität unter dem Titel „Gestaltung der wichtigsten demographischen und berufsmässigen Struktur der Träger des Diploms der Staats- und Rechtswissenschaften“ verfassten Zusammenstellung (Manuskript, Budapest, 1980), und mit dem Beitrag des *Kovácsics, József* anlässlich der Delegiertenversammlung der Vereinigung Ungarischer Juristen am 16. Dezember 1980.

<sup>9</sup> Detaillierter siehe *Névai, László*: Die Juristenausbildung in Ungarn, *Zschr. Juristische Schulung*, Nr. 9 vom Jahr 1976, 614 und folgende Seiten.

<sup>10</sup> Von Ziffer 1 der Lehrplandirektiven für das Jahr 1979 der Fakultäte für Staats- und Rechtswissenschaften in Ungarn.

<sup>11</sup> Verordnung Nummer 12/1976. (XI. 6.) des Justizministers über die Fachprüfung der Rechtswissenschaften.

<sup>12</sup> Siehe Beilage der Anordnung Nummer 104/1979. (IK. 4.) des Justizministers über die methodischen Direktive der Fachprüfung der Rechtswissenschaften.

<sup>13</sup> Näher siehe *Németh, János*: Lawyers and Paraprofessionals in Hungary, Budapest, 1977, 5 und folgende Seiten.

<sup>14</sup> Siehe Anordnung Nummer 175/1973. (M. K. 21.) des Ministers für Kultur, sowie *Sárándi, Imre*: Extension courses in law and the Institute for Extension Training in Law, *Acta Juridica Academiae Scientiarum Hungaricae*, Nr. 1—2 vom Jahr 1980, 211 und folgende Seiten.

<sup>15</sup> Siehe Gesetzesverordnung Nummer 9 vom Jahr 1970 und Regierungsverordnung Nummer 12/1970 (V. 5.).

<sup>16</sup> Vgl. *Jókai, Loránd*: 7. und folgende Seiten des angerufenen Artikels.

<sup>17</sup> Vgl. „Abgekürzter Stoff der gemeinsam durchgeführten Juristenerfassung des Lehrstuhls für Soziologie der Eötvös-Loránd-Universität und der Vereinigung Ungarischer Juristen“, Budapest, 1976, Seiten 15—18.

<sup>18</sup> Siehe unter anderen die ministeriale Begründung zur Gesetzesverordnung Nummer 26 (§ 51 Ziffer 2) vom Jahr 1972, zum Gesetz IV (§ 121 und § 234) vom Jahr 1977; vgl. noch *Benedek, Károly*: Aufgaben der Rechtsanwendung im Zusammenhang mit der Modifizierung des Zivilgesetzbuches, *Zschr. Magyar Jog (Ungarisches Recht)* Nr. 4 vom Jahr 1978, 296 und folgende Seiten, ferner *Csikó, Ottó*: Über die Revision der zivilrechtlichen Direktiven des Obersten Gerichts, ebenda, Nr. 8 vom Jahr 1978, 673 und folgende Seiten.

<sup>19</sup> Gesetz V § 10 Absatz (2) Ziffer b) über die Staatsanwaltschaft der Ungarischen Volksrepublik.



<sup>20</sup> Über die Teilnahme des Staatsanwalts im Zivilverfahren siehe näher: *Névai, László*: The Function of the Procurator in Civil Procedure in Hungary, in: *The Comparison of Law – La Comparaison de Droit*, Budapest, 1974, Seiten 115 – 139.

<sup>21</sup> § 1 der, in die Gesetzesverordnung Nummer 12 vom Jahr 1958 gefassten, mit der Gesetzesverordnung Nummer 22 vom Jahr 1966 modifizierten Rechtsanwaltsordnung.

<sup>22</sup> Vgl. *Markója, Imre*: Aktuelle Fragen der wirtschaftlichen Rechtsschöpfung und Rechtsanwendung, *Zschr. Magyar Jog* (Ungarisches Recht) Nr. 7 vom Jahr 1981, Seite 584.

<sup>23</sup> Über die, im Gerichtsverfahren in Anspruch nehmenden Kostenbegünstigungen und über die verschiedenen Formen der kostenfreien juristischen Hilfe, mehr ausführlich siehe *Névai, László*: Access to Justice in Hungary. In: *Access to Justice*, Vol. I. A World Survey, edited by Mauro Cappelletti and Bryant Garth, Book II. 595 und folgende Seiten, Milano, 1978.

<sup>24</sup> Siehe den Kabinettsbeschluss Nummer 1025/1971. (VI. 22.) über die Qualifizierung der Angestellten der Räte, die, von der Durchführung dessen lautende Verfügung Nummer 2/1971. (XII. 4.) MTTH, sowie die Verordnung des Ministerrates Nummer 25/1977. (VII. 9.) über das Ausbildungssystem der Leiter und Sachbearbeiter der Staatsverwaltung; vgl. *Kulcsár, Kálmán*: Gedanken über die gesellschaftliche Rolle des Juristentums in unserer sozialistischen Gesellschaft, *Zschr. Magyar Jog és Külföldi Jogi Szemle* (Ungarisches Recht und Rundschau des ausländischen Rechts) Nr. 3 – 4 vom Jahr 1975, Seite 149.

<sup>25</sup> Vgl. mit der Erklärung des allgemeinen Präsidentenstellvertreters des Ratsamtes des Ministerrates: Es fehlen die Juristen, *Tagblatt Magyar Hírlap* (Ungarische Zeitung) Nummer vom 13. April 1976; seitdem hat sich die Lage – mit Rücksicht auch auf die inzwischen erfolgte Gründung der Hochschule für Staatsverwaltung – einigermaßen gebessert.

<sup>26</sup> Siehe Kapitel V des V. Gesetzes vom Jahr 1972 über die allgemeine Aufsicht der Gesetzlichkeit der Staatsanwälte (§§ 13 – 17); die neuesten Grundverfügungen bezüglich des Staatsverwaltungsprozesses sind im I. Gesetz vom Jahr 1981, §§ 72 – 73, und die Verfahrensregel in den §§ 324 – 340 der Zivilprozessordnung enthalten.

<sup>27</sup> Vgl. mit Ziffer 18 der Entscheidung der Delegiertenversammlung Nr. X vom 16. Dezember 1980 der Vereinigung Ungarischer Juristen.

<sup>28</sup> Siehe Seite 3 des angerufenen Artikels von *Jókai, Loránd*.

## RÔLE ET FONCTIONS DES PROFESSIONS JURIDIQUES EN HONGRIE

DR. LÁSZLÓ NÉVAI

Professeur

(Budapest)

La première partie de l'étude décrit les changements qui caractérisaient la situation et l'appréciation sociale des juristes en Hongrie pendant les siècles passés et surtout durant les décades qui ont suivi la seconde guerre mondiale. L'auteur analyse les données démographiques les plus récentes relatives aux personnes disposant de diplômes de droit.

La deuxième partie de l'étude donne un aperçu du système hongrois de la formation juridique et de l'enseignement postgradual.

Dans la troisième partie l'auteur fait connaître le rôle des fonctions juridiques traditionnelles dans la société hongroise contemporaine, il passe en revue les fonctions et les problèmes professionnels du juge, du notaire, du procureur, de l'avocat, du jurisconsulte et des gens de loi travaillant dans l'appareil d'État.

La dernière partie de l'étude s'occupe des questions du prestige social des gens de loi hongrois: comment sont évalués le poids et l'importance des professions juridiques par les juristes eux-mêmes d'une part, et par l'opinion publique, d'autre part?

**РОЛЬ И ФУНКЦИИ ЮРИДИЧЕСКИХ ПРОФЕССИЙ В ВЕНГРИИ**

Профессор ЛАСЛО НЕВАИ (г. Будапешт)

(Резюме)

В первой части статьи освещаются изменения в положении и общественной оценке юристов в Венгрии за прошлые столетия, в особенности в период после второй мировой войны. Автор анализирует также и новейшие демографические данные о дипломных юристах.

Вторая часть статьи даёт обзор о венгерской системе университетского и пост-градуального образования юристов.

В третьей части автор характеризует роль традиционных юридических профессий в современном венгерском обществе, исследует функции и профессиональные проблемы судьи, нотариуса, прокурора, адвоката, юрисконсультанта, а также юриста — сотрудника государственного управления.

Последняя часть статьи занимается вопросами общественного престижа венгерских юристов: как оценивают вес и авторитет отдельных правовых профессий сами юристы с одной стороны и национальная общественность — с другой?